

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende RH Loer eröffnet um 18.00 Uhr den öffentlichen Teil der 31. Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Klimaausschusses und stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde, dass die Unterlagen rechtzeitig verschickt wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

RH Loer verliest anschließend einen Nachruf auf Frau Schoebel.

Frau Schoebel war über viele Jahre als beratendes Mitglied des BUND Teil der Planungs-, Umwelt- und Klimaausschusses. Sie hat die Arbeit des Ausschusses mit großem Fachwissen, mit Leidenschaft und mit einer klaren Haltung begleitet. Ihr jahrzehntelanges Engagement im Natur- und Umweltschutz war vorbildlich und prägend für unsere Stadt. Ingrid Schoebel hat nie nachgelassen, anzupacken, zu erklären und andere mitzunehmen. Ihr Fachwissen, ihre Leidenschaft und ihre klare Haltung waren für uns alle eine wertvolle Bereicherung. Ihr Einsatz war nie laut, aber immer wirkungsvoll.

Wir verlieren mit ihr eine leidenschaftliche Naturschützerin, eine kluge Ratgeberin und eine geschätzte Mitbürgerin. Möge ihr Wirken uns Verpflichtung und Ansporn sein, ihren Weg mit derselben Überzeugung weiterzugehen.

RH Loer bittet die Anwesenden, sich zu einer Schweigeminute zu erheben, um Ingrid Schoebel in Dankbarkeit und Respekt zu gedenken.

2 Fragestunde der Einwohnerschaft

Herr Helmut Friedrich, Iltisweg, hat sechs Fragen vorbereitet, die er der Schriftführerin im Anschluss überreicht, damit eine vollständige Beantwortung der Fragen seitens der Verwaltung im Anschluss erfolgen kann.

1. Es wurde seitens der Verwaltung mitgeteilt, dass „Eigeninitiative der Anlieger“ erwartet wird. Wie soll der Anwohnende sein Grundstück gegen Wasser, welches unrechtmäßigerweise von Nachbargrundstücken auf sein Grundstück abgeleitet wird, schützen?
2. Bei der Präsentation des Starkregen-Hochwasser-Info-Mobils Anfang September 2025 auf dem Langenfelder Markt wurde ebenfalls deutlich gemacht, dass eine Ableitung auf Nachbargrundstücke nicht zulässig sei. Wie steht die Verwaltung zu dieser Aussage?
3. Die Verwaltung, vertreten durch Herrn Küppers, informierte dieses Gremium vor rund einem halben Jahr, dass die Verwaltung in konkreten Gesprächen mit seinerzeit elf Anliegern der Ohrenbusch-Siedlung wegen des Hochwassers stünde. Warum hat keine der Parteien dieses bisher bestätigt, aber einige klar dargelegt, dass keine Kontaktaufnahme erfolgt ist?
4. Ist eine teilweise Beantwortungszeit der Verwaltung von vier Monaten von Fragen, welche Grundlage für sachliche, faktenorientierte Entscheidungen bzgl. des Re-60 sind, normal?
5. Oder muss davon ausgegangen werden, dass die Beantwortung nur so spät erfolgt ist, um den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu nehmen, angemessen vor der 13 Tage später stattfindenden PUK-Sitzung zu reagieren, um das Abstimmungsergebnis zu beeinflussen?
6. Welche Maßnahmen plant die Verwaltung, um den zunehmenden „wilden“ Müllplätzen und der illegalen Müllentsorgung an z. B. Sammelcontainern Einhalt zu gebieten? Andere Städte setzen hierfür bereits erfolgreich Kameras und / oder sog. Mülldetektive ein.

Schlussbemerkung:

Auf die am 15.05.2025 in der PUK-Sitzung übergebenen Fragen, welche am 12.09.2025 teilweise beantwortet wurden, wird die Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger noch reagieren.

Herr Küppers kann einen Teil der Frage aus der Hüfte nur spontan beantworten, weitere Antworten werden in der Niederschrift beantwortet.

Zu Frage 3 gibt er an er, gesagt zu haben, dass Gespräche mit den Anwohnern geplant sind. Es wurde ein weiteres Ingenieurbüro beauftragt, im Hinblick auf die besagten neun bis elf an die Ackerfläche angrenzenden Grundstücke Maßnahmen zu erarbeiten. Natürlich soll auch der Bestand geschützt werden. Das ist nicht nur eine Idee, sondern die klare Beauftragungslage. Nach Vorlage dieses Gutachtens wird die Verwaltung Kontakt zu den Anwohnern aufnehmen.

Zu Frage 6 antwortet er, dass es noch keine Strategie, kein Konzept oder keinen roten Faden gibt, man weiß jedoch um die Situation. Man wird sich dem widmen, wenn es Überhand nimmt, auch wenn die Aktionen natürlich schon jetzt nicht tolerierbar sind. Flächendeckend kann man keine Maßnahmen treffen oder jemanden dazu beauftragen. Er bittet bei jedem Bekanntwerden um eine Information an die Verwaltung.

Herr Friedrich ist sich sicher, dass Herr Küppers davon sprach, dass bereits Kontakt zu den Anwohnern aufgenommen wurde.

Herr Anhalt erklärt zu den Fragen 4 und 5, dass die Fragen erst nach dem Finden neuer Lösungen beantwortet werden konnten. Viele Fragen bezogen sich auf die Inanspruchnahme des Ackers, sodass man erst ein neues Konzept abwarten musste.

Herr Küppers führt weiterhin zu Frage 2 aus, dass eine rechtswidrige Ableitung des Wassers auch mit einer zeitlichen Betrachtung zu tun hat. Es gibt die ordnungsgemäße Entwässerung und die Versickerung auf eigenem Grundstück. Der Acker war jedenfalls zuerst da.

Auch Herr Rolf Trojan hat Fragen zur 155. Änderung des FNP und zum Bebauungsplan "Re-60 Iltisweg / Alte Schulstraße".

1. Soll das Verfahren nach der nun vorliegenden Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf vom 21.08. weitergeführt werden und wenn ja, mit welcher Begründung?
2. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung ist auf der Grundlage der Stellungnahme falsch. Wie begründet sich das? Scheinbar ist die Planung nicht vereinbar mit den Zielen der Raumordnung.
3. Der Kreis Mettmann schreibt von einem Eingriff in den allgemeinen Agrar- und Freiraum, insofern ist die Planung völlig verfehlt. Er ist verwundert, dass man eine Abweichung von 4.000 m² als geringfügig ansieht. Weiterhin stört ihn die nicht parzellenscharfe Abgrenzung.

RH Loer unterbricht den Redebeitrag von Herrn Trojan und weist darauf hin, dass es sich um eine Einwohnerfragestunde handelt und Vorträge nicht geduldet werden können.

Herr Trojan bittet um eine Korrektur der Stellungnahme durch den Kreis Mettmann.

Herr Küppers glaubt, dass Herr Trojan in seiner Beurteilung einer Fehlannahme unterliegt, denn es geht in der Stellungnahme um mögliche Planungen über die vorliegende Planung hinaus. Der ursprüngliche Entwurf war weitergehender, der entsprechend angepasst wurde. Über diesen Planungsstand hinaus sind keine weiteren Ansiedlungen möglich.

Frau Nelliges meldet sich zu TOP 8 Bebauungsplan „Ri-43 Bahnstraße / Immigrather Straße“ zu Wort. Auch wenn die Pläne sichtbar sind, so sind sie nicht für jeden verständlich. Sie fragt, ob Anwohnerbedenken berücksichtigt werden. Es handelt sich dort seit 60 Jahren um einen sozialen Brennpunkt und sie möchte wissen, ob eine Entlastung herbeigeführt werden soll.

Herr Anhalt erklärt, dass er gleich zum Verfahren ausführen wird. Man steht hier noch ganz am Anfang des Verfahrens, der Aufstellungsbeschluss muss erst noch gefasst werden. Dann wird es